Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1935

16 (5.2.1935)

urn:nbn:de:gbv:45:1-892255

Visual Library

Nachrichten
für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag, vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vorher erbeten. Bei Konkursverfahren oder Zwangsvergleichen wird etwa bewilligter Nachlaß hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt" monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Rpfg. DA I 35: 547. Druck und Verlag: L. Zirk, Elsfleth. Hauptschriftleitung: H. Zirk, Elsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 4 Rpfg (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste 2, Nachlaßstaffel A), die 90 mm Fernruf 390 breite Textmillimeterzeile 20 Rpfg. Verantwortlicher Anzeigenleiter: H. Zirk, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen kein Einspruchsrecht Schließfach 17

Nr. 16 — **Elsfleth, Dienstag, den 5. Februar** — **1935**

England in Deutsch-Ostafrika

Von Hans Reepen.

Das Ziel englischer Politik in Deutsch-Ostafrika, das ihm vom Völkerbund treuhänderisch zur Verwaltung übertragen worden ist, ist besonders seit dem Jahre 1924, aber auch schon vorher, das gewesen, dieses von ihm Tanganyika genannte Land einzugliedern in ein größeres britisches Ostafrika, bestehend aus Kenya, Uganda und Deutsch-Ostafrika. Im August 1933 wurde von England unter dem englischen Schlagwort der „Closer Union" die Mandatsfrage vor den Völkerbundsrat getragen mit dem Ziel der Vereinigung Deutsch-Ostafrikas mit Kenya und Uganda. Unter einer „Closer Union", so schrieb ich damals, „sind alle die Bestrebungen Englands zu verstehen, das ostafrikanische Mandatsgebiet, d. h. Deutsch-Ostafrika, zunächst wirtschaftlich, dann aber weitgehend politisch zu vereinigen ... „Und weiter: „Der Begriff Closer Union schließt unausgesprochen in sich ein: den passiven Widerstand Englands gegen das Mandatssystem, vertreten durch den Völkerbund, den Angriff auf dieses System zugunsten traditioneller britischer Machtpolitik und in der Praxis die Aufhebung des Mandatssystems überhaupt zugunsten eines größeren England in Afrika."

Der Völkerbundsrat lehnte damals einstimmig jeden Gedanken einer Closer Union ab. Der britische Vertreter selbst, Lord Lugard, stimmte gegen den britischen Plan! Die weitergehende Entscheidung der Mandatskommission lautete: „Sie ist weiter der Auffassung, auch unter Berücksichtigung des Artikels 10 des Statuts, daß Maßnahmen jeder Art, die während dieses Zeitraumes (der treuhänderischen Verwaltung unter dem Mandatssystem) auf die Errichtung einer solchen Closer Union tatsächlich hinzielen würden, unterlassen werden sollten."

Dieser Teil der Entscheidung wurde allerdings nicht mehr einstimmig gefaßt, sondern gegen drei Stimmen, zu denen verständlicherweise die des englischen Vertreters gehörte.

Wichtig besonders für die Gegenwart war die Stellungnahme der Mandatskommission zu den sogenannten Gouverneurskonferenzen, die, von England eingesetzt, alljährlich zu den schwebenden Fragen der ostafrikanischen Kolonien Stellung nehmen. Die Hinzuziehung des britischen, dem Mandatsstatut unterworfenen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika fand die Billigung der Kommission unter der Voraussetzung, daß diese Konferenzen kein Recht auf gesetzgeberischem Gebiet hätten.

So klar und auch vom deutschen Standpunkt aus begrüßenswert die Entscheidung Genfs über die ostafrikanische Frage damals war: Man fand nach dieser Entfaltung einer offenbaren Höchstleistung an Mut und Verantwortungsfreudigkeit nicht auch noch den Mut, die anderen Fragen zu entscheiden, die ein Teil des Gesamtproblems waren; obwohl der deutsche Vertreter Dr. Ruppel bereits damals eine ins einzelne gehende Entscheidung verlangte. Der Antrag Ruppels wurde abgelehnt. Heute steht die einmal entschiedene Frage erneut hinsichtlich ihrer Teilfragen zur Debatte, und die Mandatskommission wie der Völkerbundsrat werden als Wahrer des Mandatsstatuts und Garanten des Mandatssystems erneut nach einer Antwort und Entscheidung zu suchen haben, die damals bereits fällig war.

Denn Englands Wille, politische und „rechtliche" Grundlagen für eine Annexion Deutsch-Ostafrikas zu schaffen, ist nicht erloschen. Im Gegenteil: England hat trotz der Genfer Entscheidung von 1933 weitere Vorstöße gegen das Mandatssystem in Deutsch-Ostafrika unternommen: die Post- und Zollverwaltung der drei Länder, Deutsch-Ost, Kenya und Uganda, vereinheitlicht und ganz neuerdings ein „Amt für ostafrikanische Verkehrspolitik" ins Leben gerufen. Die Vereinheitlichung des Postwesens soll demnächst auch äußerlich dem Weltpostverein gegenüber verdeutlicht werden durch die Herausgabe einheitlicher Postwertzeichen, die den Namen der drei Länder wiedergeben. Daß das Mandatsgebiet „Tanganyika-Land" auf den neuen Wertzeichen erscheinen wird, ist allerdings ganz zweifellos eine Konzession an Genf und darüber hinaus das Eingeständnis der Unsicherheit, schließlich aber nicht viel mehr als eine bloße Aeußerlichkeit, hinter der sich auch weiterhin der Wille der Annexion Deutsch-Ostafrikas „zu gegebener Zeit" schlecht verbirgt.

Der obenzitierte Artikel 10 des Mandatsstatuts lautet: „Die Mandatarmacht ist ermächtigt, das Mandatsgebiet mit den benachbarten Gebieten, die unter ihrer Souveränität oder ihrer Kontrolle stehen, in Zollverbindungen und Zollunionen fiskalischer oder administrativer Natur zu bringen, unter der Bedingung, daß die zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen des gegenwärtigen Mandats stehen."

Es fragt sich nun, warum das Statut über Deutsch-Ostafrika die Zollverwaltung aus dem Gesamtbereich der Verwaltung besonders herausgenommen hat! Da für das Post- und Verkehrswesen besonders Bestimmungen nicht erlassen worden sind, muß unbedingt gefolgert werden, daß eine Post- und Verkehrs-Union nach dem Statut unzulässig ist! Die Entscheidung Genfs kann rechtlich nur in dieser Richtung gefällt werden, sie duldet keinen Aufschub, da England den Gang der Dinge machtpolitisch leitet, auch ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Fragen, die für die Entwicklung des Mandatslandes allein ausschlaggebend sein sollten.

Auf der letzten Gouverneurskonferenz in Entebbe wurde weiter die Frage der Verteidigung Ostafrikas behandelt. Gut: soweit es sich um die Verteidigung der britischen Kolonien handelt. Darüber hinaus aber, das deutsche Ostafrika betreffend, gibt es Fragen dieser Art nicht, da die dem Völkerbund unterstehenden Mandatsländer ja unangreifbar sind, da ihnen der — Schutz aller Völkerbundsstaaten sicher ist!

Deutschland als Mitunterzeichner des Versailler Vertrages und des Mandatsstatuts hat die eine Forderung Genf gegenüber: Erfüllung des Versailler Vertrages durch bedingungslosen Schutz des Mandatssystems.

Zum Gedächtnis Nachtigals

Gouverneur a. D. Schnee über Deutschlands Kolonialpolitik.

Halle, 3. Februar.

Vor einem Kreise von Akademikern der Universität Halle sowie Vertretern der städtischen Behörden und anderer Stellen sprach der Präsident des Reichskolonialbundes Dr. Schnee auf einer Gedächtnisfeier zu Ehren des 100. Geburtstages des Afrikaforschers Gustav Nachtigal.

Exzellenz Schnee wies in einem anschaulich geschilderten Lebensbild auf den mühsamen Weg Nachtigals hin. Er sei einer der größten Afrikaforscher geworden, welche den dunklen Kontinent erschlossen hätten. Der große afrikanische Forscher habe unter Hingabe seines Lebens mitgewirkt an der Gründung des deutschen Kolonialreichs. Die Feier gelte dem Gedächtnis des hervorragenden Mannes, der mit an erster Stelle unter den Forschungsreisenden der Welt stehe, der sein Vaterland in würdiger und erfolgreicher Weise vertreten und Großes für sein Volk gewirkt habe.

Es habe sich bei jenen Kolonialerwerbungen keineswegs um Schritte zur Mehrung deutschen Prestiges gehandelt, sondern sie seien Akte einer weit vorausschauenden, die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes ins Auge fassenden Politik gewesen.

Heute machten sich jene Notwendigkeiten in stärkster Weise geltend, nicht zuletzt in bezug auf die Einfuhr von Rohstoffen. Die deutschen Kolonien seien uns aber durch das Versailler Diktat genommen und unter Ausschluß Deutschlands der Mandatsherrschaft „fortgeschrittener Nationen" unterstellt. Auf diese Weise sei Deutschland als minderberechtigt und minderwertig aus dem Kreise der kolonisierenden Nationen ausgeschlossen. Das deutsche Volk könne diesen Zustand unmöglich als Dauerzustand hinnehmen, sondern müsse die Wiederzulassung zu jenem Wirken in eigenen Kolonien fordern, welches ihm die Tätigkeit seiner großen Forscher und Kolonialpioniere vor einem halben Jahrhundert erschlossen hätte.

Fortschreitende Saarverhandlungen

Einige weitere Programmpunkte erledigt.

Basel, 3. Februar.

Bei den Saarverhandlungen konnten zwischen der deutschen und französischen Sachverständigenkommission weitere Programmpunkte erledigt und in Abmachungen niedergelegt werden. Hierzu gehört die Frage der Sozialversicherung, der Privatversicherung, der Versicherungsgesellschaften im Saarland sowie der Betrieb der drei Nebenstrecken der elsaß-lothringischen Bahnen im Saarland.

Ferner wurde einem Abkommen zugestimmt, das die Art und Weise regelt, wie die fünf Prozent, die aus den einkommenden Saarfranken abgezweigt werden, für den Transfer der saarländischen Schulden Verwendung finden sollen. Die Verhandlungen vor dem Dreierausschuß über finanzielle Fragen werden am 6. und 7. Februar in Italien stattfinden. Der Ort der Verhandlungen ist noch nicht festgesetzt.

Bauprogramm für Ostpreußen

Königsberg, 3. Februar.

Oberpräsident und Gauleiter Erich Koch erläßt einen Aufruf zum Beginn der Bauschlacht, während der in diesem Jahre in Ostpreußen 10 000 neue Wohnungen geschaffen werden sollen. Bereits seit Oktober vorigen Jahres sind die Verhandlungen zwischen den beteiligten Stellen über die Vorbereitung des Wohnungsbauprogramms in der kommenden Bausaison im Gange. Sie haben nunmehr einen gewissen Abschluß erreicht. Danach dürfte es mit vereinter Anstrengung aller Behörden, Einrichtungen sowie der intensiven Mitwirkung der Bevölkerung gelingen, etwa 10 000 Wohnungen im nächsten Jahre neu zu erstellen.

Im Alter von 59 Jahren starb in Halle der ordentliche Professor für Volkheitskunde, D. Dr. Hans Hahne. Prof. Hahne ist der Begründer des Museums für deutsche Volkheitskunde. Er ist einer der bedeutendsten wissenschaftlichen Vorkämpfer für Volkstum und Rassenidee gewesen.

Nationalsozialismus verankert

Dr. Goebbels vor den Politischen Leitern

Zum Jahrestag des nationalsozialistischen Durchbruchs hielt der Gau Groß-Berlin der NSDAP. seinen Gautag im Berliner Sportpalast ab. 20 000 Menschen füllten den weiten Raum. Der Gauleiter, Reichsminister Dr. Goebbels, behandelte in zweistündiger Rede alle aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik. Er führte u. a. aus: Das Ende des Nationalsozialismus ist überhaupt unvorstellbar. Auch unsere Gegner haben das allmählich einsehen gelernt. Vier Jahre Zeit hatten wir bei der Machtübernahme verlangt, und schon jetzt sind zwei Drittel unseres Auftrages erfüllt. Es wird manchmal geklagt über die Höhe der Steuern. Aber man soll sich doch vergegenwärtigen, daß wir in der Zeit, da wir regieren, auch keine Schulden gemacht haben. Es blieb uns manchmal nichts anderes übrig, als rigoros vorzugehen; denn die Krise zur Zeit der Machtübernahme war so groß, daß jedes Mittel zu ihrer Behebung recht sein mußte. Dr. Goebbels verwies auf die jetzt angebahnte Senkung des Zinsfußes, die er als den Anfang eines organischen Umbaues des gesamten deutschen Kreditwesens bezeichnete.

In der Frage der Devisen- und Rohstoffbeschaffung habe es gegolten, entweder das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzugeben oder aber zeitweilig Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen. Selbstverständlich habe man sich für die Arbeitsbeschaffung entschlossen. Einen nicht zu unterschätzenden Vorteil habe diese Zwangslage mit sich gebracht: die Beschaffung von eigenen Rohstoffen auf synthetischem Wege sei in Deutschland schon so weit fortgeschritten, daß auf einigen Gebieten bereits eine gewisse Unabhängigkeit vom Auslandsmarkt festzustellen sei.

Trotzdem haben wir, so fuhr der Minister fort, schon mitten im Aufbau unserer Wirtschaft dem sozialistischen Teil unseres Programms Genüge widerfahren lassen. Es gibt wohl in der Welt heute keinen Staat, der sozial so verankert wäre wie der unsere. Nicht umsonst kommen Menschen aus den verschiedensten Ländern zu uns, um unser Winterhilfswerk zu studieren.

Man kann heute in der Welt wieder stolz sein auf Deutschland! Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß unser Sozialismus eine Sache des Lebens ist. Bei uns regiert nicht die Wirtschaft die Politik, sondern die Politik die Wirtschaft.

Nur ein Mann, Adolf Hitler, so rief er zusammenfassend unter dem stürmischen Beifall der Parteigenossen aus, repräsentiert den deutschen Willen. Die Idee überdacht alles. Partei, Staat und Wehrmacht. Dadurch sind wir in die Lage versetzt worden, eine aktive Außenpolitik zu betreiben.

Gerader außenpolitischer Kurs

Lang anhaltenden stürmischen Beifall rief die Feststellung des Ministers hervor: Man hat im Ausland lernen müssen, daß man ein deutsches Nein als ein Nein und ein deutsches Ja als ein Ja hinnehmen muß. Wir haben die Außenpolitik aus dem Bereich der Phrase herausgenommen. Wenn man von uns fordert, daß auch wir uns für eine Befriedung Europas einsetzen, dann muß man uns auch als gleichberechtigte Partner in Kauf nehmen!

Unsere Entschlossenheit zur Erkämpfung der deutschen Gleichberechtigung ist unerschütterlich! Sie kann überhaupt nicht abgehandelt werden! Ob wir kommenden Vereinbarungen beitreten, das hängt in erster Linie davon ab, ob wir das tun können als souveräner und gleichberechtigter Staat. Von einer Rückkehr in den Völkerbund kann so lange keine Rede sein, als wir mit den anderen Nationen keine gleichen Rechte haben.

Der Gauleiter warf nach diesem großen Ueberblick über die Gesamtlinie der deutschen Innen- und Außenpolitik die Frage auf, was demgegenüber die kleinen Sorgen des Alltags zu sagen hätten. Er klärte in diesem Zusammenhang vorerst das Verhältnis zwischen Parteigenossen und Nichtparteigenossen dahin: Wir wollen dem Nichtparteigenossen keineswegs seine Betätigung im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben beschränken. Aber die Politik wird von der Partei gemacht, und da soll uns niemand ins Handwerk pfuschen. Daß im übrigen eine Partei mit mehreren hunderttausend politischen Leitern auch hier und da einen unzulänglichen Amtswalter aufzuweisen hat, ist nur natürlich. Haben wir ihn erkannt, so wird er ausgeschaltet.

Zum Schluß gab der Minister noch einmal unter Hinweis auf die kommenden außenpolitischen Entscheidungen die Versicherung ab: Das deutsche Volk will den Frieden, es will aber auch sein Lebensrecht. Es ist entschlossen, selbst durch Opfer seinen Beitrag zum europäischen Frieden und zu einer neuen europäischen Ordnung beizusteuern. Es ist aber ebenso entschlossen, seine Gleichberechtigung zu erkämpfen. Von dieser Forderung — und wieder war stürmischer Beifall das Zeichen der Zustimmung — wird uns kein Zureden und kein Feilschen, aber auch keine Drohung abbringen können. Denn nur auf ihrer Erfüllung kann sich ein neues Europa aufrichten.

Landesbibliothek Oldenburg

Die Schlußverhandlungen

Französischer Ueberrumpelungsversuch mit dem „Geheimdossier".

London, 4. Februar.

Die Verhandlungen des französischen Ministerpräsidenten Flandin und des Außenministers Laval mit den englischen Ministern haben sich entgegen allen Erwartungen länger hingezogen, als es beabsichtigt war. Der französische Außenminister sah sich daher gezwungen, seine Rückreise, die ursprünglich auf Sonntag vormittag festgesetzt worden war, zu verschieben.

Eine erste Verzögerung in den Verhandlungen ergab sich, als plötzlich mitten in den Besprechungen die englischen Minister zu einer Kabinettssitzung zusammenberufen wurden. Die Einberufung dieser Kabinettssitzung gab natürlich Anlaß zu zahlreichen Gerüchten. So hörte man, die französischen Minister hätten den englischen Unterhändlern nunmehr das sagenhafte „Geheimdossier" des französischen Generalstabs über den deutschen Rüstungsstand, das schon seit Jahren in Frankreich herumspukt, unterbreitet. Wenn nun auch, so hörte man weiter, der volle Inhalt des französischen Dossiers „beträchtliche Ueberraschung" ausgelöst habe, so hätte doch die Vorlage dieses Dokuments an sich die Einberufung der Sondersitzung des englischen Kabinetts nicht notwendig gemacht.

Als bestimmend für die Einberufung des Ministerrats müsse vielmehr die Forderung der Franzosen angesehen werden, für den Fall der Ablehnung verstärkter vertraglicher Sicherheitsbürgschaften durch England ein englisch-französisches Luftbündnis abzuschließen, dessen Zweck der sein solle, im Ernstfalle dem anderen Staat die eigene Luftflotte zur Verfügung zu stellen.

Nach der Kabinettssitzung, die zwei Stunden in Anspruch nahm, wurden die englisch-französischen Verhandlungen wieder aufgenommen und bis in die späten Abendstunden des Sonnabends fortgesetzt, um schließlich nach 14stündiger Dauer auf Sonntag nachmittag 16.30 Uhr vertagt zu werden. Amtliche Mitteilungen über den Verlauf dieser Besprechungen am Sonnabend sind nicht mehr ausgegeben worden. Auffallend war, daß die englischen Unterhändler und die französischen Minister nach der Unterbrechung der Sitzung das Haus Downingstreet 10 getrennt und offenbar nicht allzu befriedigt verließen.

Am Sonntag ist dann der französische Ministerpräsident Flandin nach Farnham Park in der Grafschaft Buckinghamshire gefahren, wo er auf dem Landsitz Sir Gomer Berrys die Verhandlungen mit MacDonald, Neville Chamberlain und Runciman fortsetzen wollte. Der italienische Botschafter in London, Grandi, sprach um die Mittagsstunde bei dem französischen Außenminister Laval im Hotel Savoy vor, um sich über den Stand der Verhandlungen unterrichten zu lassen. Laval selbst hatte bereits am Vormittag ausgedehnte telephonische Gespräche mit Paris.

Unterredung Lavals mit Henderson

Im Verlaufe der letzten Besprechungen in London hatte der französische Außenminister Laval auch eine Unterredung mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson. In der darüber ausgegebenen Mitteilung heißt es u. a.: „Die französischen Staatsmänner besprachen mit Henderson die gegenwärtige Lage im Lichte der Ereignisse, die seit der letzten Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz eingetreten sind, und warfen dabei die Frage auf, ob die gegenwärtigen Verhältnisse eine Aenderung in den damals vereinbarten Richtlinien nötig machten. Aus diesem Meinungsaustausch ging die Ansicht hervor, daß, da die Ausschüsse für die Frage des Waffenhandels und der Waffenherstellung, für die Frage der Heeresbudgets sowie für die Ausarbeitung der allgemeinen Bestimmungen einer Abrüstungskonvention (einschließlich der Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission und der Regelung der Kontrollfrage) in den nächsten Wochen zusammentreten werden, kein Grund vorliege, das gegenwärtige Verfahren zu ändern."

Die veralteten Militärklauseln

Rundfunkrede des jugoslawischen Ministerpräsidenten.

Der jugoslawische Ministerpräsident Jeftitsch kündigte im Belgrader Rundfunk noch für das laufende Jahr Neuwahlen zur Skupschtina und zum Senat an. Im außenpolitischen Teil seiner Rede hob Ministerpräsident Jeftitsch insbesondere die starke diplomatische Tätigkeit hervor, die zur Zeit in Europa beobachtet werde, und erklärte, daß ihre Ergebnisse noch zu unklar seien, als daß man sich auf ihre Bewertung einlassen könnte.

Unter den Fragen von zwischenstaatlicher Bedeutung seien die Bestrebungen um ein Abrüstungsabkommen und um die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit von lebenswichtiger Bedeutung. In der Abrüstungsfrage, die bisher aus bekannten Gründen und Unterlassungssünden erfolglos behandelt worden sei, sei es unmöglich, heute die wirkliche Lage der Dinge mit den bestehenden Militärklauseln der Friedensverträge in Uebereinstimmung zu bringen.

Man könne sich nur schwer vorstellen, daß man hier ein ernsthaftes Abkommen erzielen werde, das geeignet sei, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, das von den Völkern im Gefühl ihrer bedrohten Sicherheit nur mühevoll ertragen werde. Die äußersten Anstrengungen, die man jetzt in London mache, erzeugten jedenfalls den Eindruck, daß man in Ermangelung eines Abrüstungsabkommens die Frage der zwischenstaatlichen Sicherheit auf eine neue Grundlage stellen müsse. Man brauche aber deshalb nicht zu glauben, daß ein Abkommen unmöglich sei, wenn auch die bisherigen Erfahrungen und der heutige Stand der Dinge nicht viel Hoffnung auf einen baldigen und befriedigenden Umschwung gestatteten. In der Reihe der erfreulichen zwischenstaatlichen Ereignisse könne man den Abschluß des römischen Paktes vom 7. Januar d. J. verzeichnen.

Riesenfeuer in Frankfurt

Großes Textillager vernichtet.

Frankfurt a. M., 4. Februar

In der Hauptgeschäftsstraße Frankfurts entstand in den Abendstunden ein Großfeuer. Sämtliche Züge der Feuerwehr wurden nach dem Hause Zeil 41 alarmiert, dessen Dachstuhl in Flammen stand. Es handelt sich um den größten Brand, der Frankfurt in den letzten Jahrzehnten betroffen hat.

Das Feuer verwüstete den Dachstuhl und die darunter befindlichen drei Stockwerke, in denen sich ein großes Woll- und Textillager befand, völlig. Durch Funkenregen wurden die Nachbarhäuser gefährdet. SA. und Polizei wurden alarmiert, um Absperrungen vorzunehmen. Der Straßenbahnverkehr mußte umgeleitet werden. Die Feuerwehr forderte durch Rundfunk ihre sämtlichen dienstfreien Beamten auf, sich auf den Brandwachen zu melden, um alle Kräfte zur Verfügung zu haben.

Blutige Familientragödie

Vier Tote.

Paris, 4. Februar.

In Agen spielte sich eine blutige Familientragödie ab, die vier Menschen das Leben kostete. Ein ehemaliger Kolonialbeamter tötete unter dem Einfluß von Alkohol seine Frau und seine drei Kinder, indem er ihnen die Kehle durchschnitt. Nach der Tat steckte er die Wohnung in Brand und floh. Vorher hatte er in einem Brief an das zuständige Polizeirevier alle Einzelheiten seiner Bluttat beschrieben und den Beamten empfohlen, sich nicht zu bemühen, denn sie würden nichts mehr vorfinden. Das Feuer wurde noch rechtzeitig gelöscht. Den Polizeibeamten bot sich ein furchtbarer Anblick. Sämtliche vier Familienmitglieder lagen auf dem Fußboden im Schlafzimmer in einer großen Blutlache. Die Bemühungen der Polizei, des Täters habhaft zu werden, sind bisher erfolglos geblieben.

Besprechungen beendet

London, 4. Februar.

Die englisch-französische Vollkonferenz wurde am Sonnlagnachmittag um 17.30 Uhr in Abwesenheit des Ministerpräsidenten Flandin, der noch in Farnham Park mit Neville Chamberlain und Runciman über Wirtschafts- und Finanzfragen verhandelte, wieder aufgenommen und bereits um 18.45 Uhr endgültig beendet.

Vor der Wiederaufnahme der formalen Verhandlungen herrschte in den an der Londoner Konferenz beteiligten Kreisen eine fieberhafte Tätigkeit. Die Aussprache zwischen Laval und dem italienischen Botschafter Grandi, die um die Mittagsstunde stattgefunden hatte, dauerte fast eine Stunde. Die Vorsprache Grandis war eine logische Folge der zwischen England und Frankreich bisher erzielten Abmachungen, und es war bereits am Sonnabend mitgeteilt worden, daß die in der Hauptsache hieran interessierten Regierungen um Stellungnahme und Rückäußerungen gebeten werden würden. In englischen Kreisen wird angenommen, daß die Unterredung zwischen Laval und Grandi zum wesentlichen Teil der Erörterung des geplanten Luftfahrtabkommens sowie den Rückwirkungen der getroffenen Vereinbarungen auf die römischen Pakte gewidmet war.

Rotter auf freien Fuß gesetzt

Paris, 4. Februar.

Die französischen Behörden haben den in Aix-en-Provence bisher in Haft gehaltenen früheren Berliner Theaterdirektor Friedrich Schaie alias Rotter auf freien Fuß gesetzt, obwohl die Anklagekammer kürzlich einen Beschluß auf Bewilligung des deutschen Auslieferungsantrages gegen Rotter gefaßt hatte.

Zusammentritt des Dreierausschusses

Rom, 4. Februar.

Der Dreierausschuß für die Saarfrage tritt am Dienstag in Rom und nicht wie ursprünglich geplant in Neapel zur Ausarbeitung seines Schlußberichts an den Völkerbundsrat zusammen. Der Bericht muß bekanntlich zum 15. Februar in Genf vorliegen.

Stürme und Wintergewitter

Ueberschwemmungen im Westen.

Während des Wochenendes tobten in verschiedenen Teilen Deutschlands schwere Stürme. An der Wasserkante wurde Windstärke 8 bis 10, in den Böen sogar Windstärke 12 gemessen. Die in der Nähe der Küste befindlichen Schiffe liefen Schutzhäfen an. Das Hochwasser der Elbe ist infolge des Sturmes etwa zwei Meter über normal gestiegen. In Cuxhaven wurde die Hafenstraße teilweise überflutet. In Hamburg und Umgegend hat der Sturm Dachziegel und Reklameschilder heruntergerissen. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt.

Ueber Berlin ging nach schweren Regengüssen in nächtlicher Stunde ein heftiges Wintergewitter nieder. Von der öffentlichen Wetterdienststelle wurde wiederholt Windstärke 10 registriert. Während unaufhörlich über dem Stadtgebiet Platzregen niederging, war der Himmel sekundenlang von Blitzen erhellt. Ueberall, wo der wolkenbruchartige Regen und Hagel niederging, stockte der Verkehr. Die Feuerwehr wurde immer wieder herbeigerufen. Ein Blitz traf in Charlottenburg in der Huttenstraße einen Straßenbahnwagen. Die Insassen des Wagens wurden nicht verletzt. Dem Gewitter folgte ein kurzes, starkes Schneetreiben.

In Verden an der Aller deckte eine Sturmbö das Dach der Rennplatztribüne auf dem Sportplatzgelände vollständig ab. Die Tribüne ist erst im vorigen Jahre aufgebaut worden. Die Holzmassen der stabil errichteten Tribüne wurden auf die benachbarten Felder geschleudert.

Der plötzliche Witterungsumschlag, verbunden mit starken Regenfällen, hat in den höheren Gebirgsteilen des Westerwaldes und des Lothargebirges eine sehr schnelle Schneeschmelze zur Folge gehabt. Die kleinen Gebirgsbäche führen der Dill und der Lahn unaufhaltsam gewaltige Wassermassen zu, so daß Dill und Lahn an vielen Stellen über die Ufer getreten sind. Bei Dillheim hat die Dill bereits ein seenartiges Gebiet entstehen lassen. Auch aus dem oberen Lahngebiet wird starkes Steigen des Wassers gemeldet. Auf dem Westerwald herrschte viele Stunden lang orkanartiger Sturmwetter.

Schutzhütte vom Sturm zerstört

Am Sonntag früh gegen 1 Uhr wurde die Bernau-Hütte bei Lenggries von dem orkanartigen Sturm erfaßt und etwa 100 Meter weit ins Hirschbachtal hinabgeworfen. Die massive Holzhütte wurde dabei vollständig zertrümmert. Acht Skifahrer des Skiklubs Bad Tölz, die sich in der Hütte befanden und sich zum Teil bereits zur Ruhe begeben hatten, wurden unter den Trümmern begraben. Sie konnten sich aber wieder herausarbeiten. Teilweise nur mit dem Hemd bekleidet und ohne Schuhe machten sie sich auf den Weg nach

ROMAN VON KÄTHE METZNER

Urheberrechtschutz: Fünf Türme-Verlag, Halle (Saale).

[21

Sie hatte es noch nicht gelesen, wollte auch nicht. Wie einen kostbaren Schatz betastete Irmingart manchmal diese Stelle ihres Kleides. Wie eine Entweihung wäre es ihr vorgekommen, wenn sie Hartmut von Campraths Telegramm hier gelesen hätte. Und ein Schmerz durchzuckte sie, daß Henneberg das Telegramm so roh an sich gerissen und es geöffnet hatte. War es doch für sie bestimmt, für sie ganz allein.

Es war, als suchten ihre träumerischen Blicke durch die Weiten der Welt den hohen Himmel ab und suchten ein ziehendes Flugzeug, das mit rasender Geschwindigkeit durch die Wolken glitt. Südostwärts ... rund um die Erde.

Die Worte des Hausdieners hatte Irmingart absichtlich überhört. Sie wollte keine Vertraulichkeit aufkommen lassen.

Wie gern hätte sie sich einmal nach der wahren Natur Hennebergs erkundigt, wie gern einmal Näheres über die Warner erfahren, nur um sich in der schweren Zeit, die sie unweigerlich nahen fühlte, etwas schützen zu können!

Da kam ihr der Hausdiener in seiner gesprächigen Art auch schon zu Hilfe.

„Tja, Fräulein, so ist das nun bei uns hier. Wissen Sie, Sie sind einfach zu schön für so einen Fischladen — und ganz besonders für so einen Kerl wie Henneberg. Kein Wunder — der bildet sich doch ein, er ernährt uns alle, und dabei vergißt er ganz, daß es umgekehrt ist. Freilich, die Warner tutet mit in sein Horn, weil die ihre Stellung hier halten will, wenn möglich noch verbessern. Frau Henneberg und so weiter — versteh'n Sie? Oh, das merkt unsereiner wie ich ganz genau, wenn ich auch nur der Hausdiener hier bin. Aber schließlich ist man doch von zu Hause aus auch nicht gerade auf den Kopp gefallen."

Seine drollige Art zu reden, entlockte Irmingart ein leises Lachen, und die unbedingte Ehrlichkeit, die sie unter seinen rauhen Worten fühlte, befreite sie sogar ein wenig von dem schweren Druck, der auf ihr lastete.

Die Warner stand im Eingang des Ladens und ließ die Passanten vorbeidefilieren, hatte der Hausdiener sich mit einem raschen Blick überzeugt. Die Fischkörbe standen hinter einer Glaswand neben den vielen Verkaufsbassins. So konnte die Warner die Vorgänge hinten im Laden unmöglich sehen, und der Hausdiener konnte sein Gespräch wieder aufnehmen.

„Ruhen Sie sich man aus, Fräuleinchen, ich mache den Laden schon. An meinen Händen schmilzt das Eis, und bei Ihnen gibt's Risse. Außerdem sage ich Ihnen, der Geruch geht so leicht nicht wieder von den Fingern weg. Der hängt wie Pech."

Mitleidig schaute er auf das Mädchen, deren Rücken vom ungewohnten Bücken schmerzte.

„Ich muß arbeiten. Mir bleibt keine andere Wahl. Ich habe einen blinden Vater zu ernähren."

Irmingart wußte selbst nicht, wie diese Worte über ihre Lippen kamen. Es war ja keine Klage — lediglich eine Feststellung, die ihr die Besorgnis des Hausdieners eingegeben hatte.

Und als sie die mitleidige Miene des einfachen Mannes sah, bereute sie es, ihm leichtes Mißtrauen entgegengebracht zu haben.

„Das ist schlimm, Fräulein. Ich kenne den Alten schon lange und möchte wetten, daß der gerade deshalb versucht, Ihre Notlage für sich auszunutzen."

„Wir dürfen uns nicht dauernd unterhalten", warnte Irmingart leise. Sie hatte den Blick einer Kollegin aufgefangen und darin nichts Erfreuliches gelesen. „Man könnte es sonst falsch auslegen", sagte sie zögernd.

„Man legt alles so aus, wie man es braucht. Ich für meinen Teil stoße mich nicht daran", war die biedere Antwort.

Ohne von seiner Arbeit aufzusehen, redete der Hausdiener weiter. Im Gegenteil — seine Arbeitsleistung steigerte sich noch. Es war ihm eine ganz besondere Freude, jedesmal den halben Korb voll Barsche oder grüner Heringe in einen der Bottiche zu schütten. Irmingart sah ihn dankbar an; sie wußte genau, daß auch das sonst noch ihre Arbeit gewesen wäre. Aber wie ihre schmalen, so schwere Arbeit ungewohnten Arme das hätten schaffen sollen, hätte sie nicht gewußt.

„Wenn es an mir liegt, so wird Ihnen diese Arbeit niemals schwer werden", lachte der Hausdiener und sah Irmingart mit einem offenen Blick an.

In diesem Augenblick klang ihr Name durch das Geschäft. Henneberg rief sie.

Er schien sich im Café mancherlei überlegt zu haben. Zumindest wußte er jetzt, daß er unklug und voreilig gehandelt hatte.

„Das war natürlich keine Strafe für Sie, gnädiges Fräulein. Es ist aber doch wohl besser, wenn Sie einmal auch diese Seite unseres Betriebs kennenlernen, schon wegen der anderen Angestellten. Im übrigen aber seien Sie versichert, daß es mir um Ihre zarten Händchen bitter leid getan hat."

Irmingart lag das Schauspielern absolut nicht. Ihr schöner Mund verzog sich zu einem ungläubigen, spöttischen Lächeln und wirkte in diesem Augenblick doppelt strafend, aber auch doppelt deutlich.

„Ich habe es absolut nicht als Strafe empfunden, Herr Henneberg, weil ich nicht annehmen kann, daß das Telegramm für Sie ein Grund war, mich zu strafen. Ich habe es mir ja schließlich nicht bestellt ..."

Irmingart war verwundert über ihre eigene Kühnheit.

„Oho, Fräulein von Schadow!"

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Lenggries. Zwei der Skifahrer, Christoph Lemmer und Konrad Rauch, sind unterwegs erfroren. Die übrigen Skiläufer, die bei dem Unglück zwar nur leichtere Verletzungen erlitten hatten, aber durch den Abstieg in unvollständiger Bekleidung vollkommen erschöpft waren, wurden in das Krankenhaus in Bad Tölz eingeliefert.

Lawinenstürze in Oesterreich

Aus Oesterreich werden als Folge des Tauwetters Lawinenstürze gemeldet. Vom Eisenerzer Reichenstein (Steiermark) sind zwei Lawinen niedergegangen, von denen die eine 200 Meter breit und 3 Meter hoch war. Die Bahnstrecke in der Gegend von Erzberg wurde verschüttet. Für die Freilegung der Strecke wird man acht Tage gebrauchen. Auch die Straße über den Präbichl-Paß ist infolge Schneeverwehung gesperrt. Das gleiche gilt für die Bezirksstraße von Mürzsteg nach Frein. Die Eisenbahnzüge treffen in Wien mit großen Verspätungen ein. Auch die Ost-West-Verbindung der Ennstalbahn im sogenannten Gesäuse ist durch Lawinen verlegt worden. Bei Ebensee wurde die Salzkammergut-Bundesstraße durch Lawinen verschüttet.

21 Todesopfer eines Bootsunglücks

Wie aus Ferrol gemeldet wird, ist ein Fischerboot, von dem man seit Tagen keine Nachricht erhalten hatte, bei den heftigen Stürmen dieser Tage untergegangen. Die gesamte Besatzung von 21 Mann kam in den Wellen um.

Fischdampfer gesunken

An der Tejo-Mündung stießen zwei Fischdampfer zusammen. Einer ist innerhalb 90 Sekunden untergegangen. 36 Mann der Besatzung wurden gerettet, 15 werden vermißt.

Dampfer mit 26 Mann gesunken

Nach einer Mitteilung aus Jingkau (früher: Niutschwang) ist der 600 Tonnen große japanische Dampfer „Sato Maru" mit seiner gesamten Besatzung von 26 Köpfen gesunken. Der Dampfer, der auf dem Wege nach Dairen war, hat anscheinend infolge heftigen Sturmes eine Beschädigung der Funkanlage erlitten, so daß er keine Hilfe anfordern konnte.

Der Fall Preußenkasse

Dringender Tatverdacht gegen Klepper und Schmidt.

Berlin, 3. Februar.

Die Justizpressestelle teilt mit: Ende März 1933 wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin gegen den früheren preußischen Finanzminister und ehemaligen Präsidenten der Preußischen Zentral-Genossenschafts-Kasse (Preußen-Kasse) Otto Klepper sowie gegen den früheren Direktor der Deutschen Pächter-Kredit-Bank (Domänenbank) Dr. Hans Walter Schmidt die Voruntersuchung eröffnet. Klepper war dringend verdächtig, in mehreren Fällen sich der Untreue zum Nachteil der Preußenkasse schuldig gemacht zu haben. Bei Dr. Schmidt bestand der Verdacht, Klepper bei einigen dieser Untreuehandlungen Beihilfe geleistet, im übrigen zum Nachteil der Domänenkasse gehandelt zu haben. Nach umfangreicher Ermittlungsarbeit ist die Voruntersuchung nunmehr abgeschlossen worden. Schon bei Eröffnung hatten die Angeschuldigten Deutschland verlassen. Sie halten sich auch jetzt noch im Ausland auf. Da ihre Rückkehr nach Deutschland nicht zu erwarten ist, ihre Auslieferung aber nicht zu erreichen war, hat die Strafkammer des Landgerichts Berlin auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen beide Angeklagten wegen Abwesenheit vorläufig eingestellt.

Die Vorumtersuchung hat in mehreren Fällen ergeben, daß bezüglich beider Angeschuldigter dringender Tatverdacht vorliegt. So hat in einem Falle der Angeschuldigte Klepper als Präsident der Preußenkasse etwa 200 000 RM aus Mitteln der Preußenkasse abgezweigt und diese Gelder in verschleierter Form bei der Domänenbetriebsgesellschaft, einem von der Domänenbank beherrschten Unternehmen, auf einem Sonderkonto A angelegt. Dieses Konto ließ Klepper von dem Angeschuldigten Dr. Schmidt verwalten.

Die auf diese Weise der Preußenkasse zu Unrecht entzogenen Gelder sollten offenbar der Stützung der Politik der damaligen preußischen Regierung dienen. Sie sind auch zum größten Teil für diese Zwecke verwendet worden. Die mangelhafte Kontrolle dieses Fonds hat der angeschuldigte Klepper dazu ausgenutzt, um aus diesen Mitteln einen Betrag von 30 000 Mark einem verschuldeten Pächter zuzuwenden, dem er persönlich zu Dank verpflichtet war. Ein weiterer Betrag von 30 000 RM wurde demselben Pächter durch Klepper und Schmidt aus den Mitteln der Domänenbank schenkungsweise überlassen, wodurch auch die Domänenbank durch die Angeschuldigten erheblich geschädigt worden ist. Daraus folgt der dringende Verdacht sowohl hinsichtlich Klappers als auch Dr. Schmidts, sich der Untreue gegenüber den von ihnen vertretenen Geldinstituten schuldig gemacht zu haben.

Der Angeschuldigte Klepper hat weiterhin die Preußenkasse dadurch geschädigt, daß er aus ihren Mitteln an hochbezahlte Angestellte der Kasse hohe Unterstützungssummen auszahlen ließ. So erhielt ein Hilfsarbeiter Kleppers, der ein monatliches Gehalt von über 2000 Mark bezog, Unterstützungen in Höhe von mehreren tausend Mark. Einer Angestellten wurden neben ihrem Monatsgehalt von 1000 Mark Unterstützungen in Höhe von 6000 Mark durch Klepper bewilligt. Ein weiterer dringender Tatverdacht einer Untreue auf Kosten der Preußenkasse ergab sich im Falle des inzwischen wegen Betrugs rechtskräftig abgeurteilten Ausländers Raphael Bernfeld.

In diesem Falle hat Klepper unter Beihilfe des Angeschuldigten Schmidt an Bernfeld einen völlig ungesicherten Kredit von ungefähr 150 000 Mark auszahlen lassen. Irgendwelche Rückzahlungen durch Bernfeld erfolgten nicht, so daß der Gesamtschaden der Preußenkasse in diesem Falle 174 000 RM beträgt.

Im Laufe des Ermittlungsverfahrens sowie der gerichtlichen Voruntersuchung haben sich auch sonst noch weitere Verdachtsmomente strafbarer Handlungen bezüglich der Angeschuldigten ergeben.

Falsche Anschuldigungen gegen Pola Negri.

Amtlich wird mitgeteilt: Gegen die Schauspielerin Pola Negri sind in der letzten Zeit in der Presse mehrfach schwere Anschuldigungen erhoben worden. Auf Befehl des Führers und Reichskanzlers sind diese Beschuldigungen geprüft worden, und es ist hierbei festgestellt worden, daß keinerlei Beweise für die Richtigkeit der gegen Frau Pola Negri erhobenen Vorwürfe erbracht werden konnten. Es liegt somit kein Grund vor, gegen die künstlerische Betätigung von Frau Pola Negri in Deutschland Stellung zu nehmen, um so mehr, als auch die Behauptung sich als unwahr erwiesen hat, daß Frau Pola Negri jüdischer Abstammung sei. Sie ist Polin, also Arierin.

Schwere Ausschreitungen kommunistischer Studenten.

Eine Gruppe kommunistischer Studenten hatte sich im Gebäude der Belgrader Universität hinter Barrikaden verschanzt, um das Abhalten von Vorlesungen und Prüfungen zu verhindern. Auch auf die Aufforderung des Rektors und der Professorenschaft ließen sich die kommunistischen Elemente nicht von ihrem Vorhaben abbringen. Hierauf wurde vom Rektorat aus polizeiliche Hilfe angefordert. Als die Polizei gegen die rebellierenden Studenten vorgehen wollte, kam es zu schweren Ausschreitungen. Im Verlauf der Schlägerei wurde ein Polizeibeamter schwer, einige andere leichter verletzt. Ein Student erlag seinen erlittenen Verletzungen. 500 Studenten verbarrikadierten sich in der Universität, wo sie von der Polizei belagert wurden. Erst um Mitternacht kapitulierten die Studenten.

China zur Versöhnung bereit.

Der Präsident des chinesischen Staatsrates, Marschall Tschiangkaischek, veröffentlicht in der Zeitung „Schenpao" eine Erklärung, die für die fernöstliche Politik von großer Bedeutung ist. Der Marschall tritt für die Einstellung der japanfeindlichen Bewegung in China ein und deutet an, daß die Zeit für eine Verbesserung der chinesisch-japanischen Beziehungen gekommen sei. Im einzelnen legt Tschiangkaischek die Bemühungen der chinesischen Regierung dar, durch ein Festhalten an der Aufrichtigkeit und an Treu und Glauben in der Diplomatie das Verhältnis zu allen freundschaftlich gesinnten Nationen zu verbessern und die Ursachen der Feindschaft zu beseitigen.

Das Ende einer notorischen Trinkerin. Nachts starb in ihrer Wohnung in Berlin die 48jährige Frau Gertrud Wallsteiner. Der zunächst rätselhafte Todesfall hat eine ungewöhnliche Aufklärung erfahren. Die Ermittlungen der Reserve-Mordkommission und die Obduktion der Leiche haben nämlich ergeben, daß die Frau eine Gewohnheitstrinkerin war. Da ihr reiner Alkohol auf die Dauer zu teuer kam, nahm sie fast täglich ein größeres Quantum Brennspiritus zu sich. Am Vorabend des Todes hatte sie ohne Wissen des Mannes mehr als einen Liter Brennspiritus auf einmal getrunken, der dann im Laufe der Nacht zu ihrem Tode geführt hat. Die Obduktion der Leiche ergab, daß die inneren Organe durch den ständigen Genuß des Brennspiritus bereits vollkommen zerstört waren.

Der Führer und Reichskanzler hat den Oberregierungsrat im Reichs- und preußischen Ministerium des Innern Dr. Vollert zum Ministerialrat ernannt. Ministerialrat Dr. Vollert hat sich als Saarreferent des Innenministeriums um die Saarabstimmung besondere Verdienste erworben.

U-Boot auf Weltreise

Während die Marinen anderer Länder gewöhnlich Kreuzer auf Reisen um die Welt schicken — von der deutschen Reichsmarine sind die Kreuzer „Emden" und „Karlsruhe" zur Zeit unterwegs — hat Holland diesmal ein kühnes Wagnis eigener Art unternommen. Eines der neuesten holländischen U-Boote befindet sich in diesen Wochen auf der Reise um die Welt. Es ist ein Versuch, dessen Ausgang überall mit dem größten Interesse verfolgt wird.

Das holländische U-Boot „K 18" soll acht volle Monate unterwegs bleiben. Die Kriegszeit ausgenommen, dürfte es wohl die längste Reise sein, die ein kleines Unterseebot jemals alleinfahrend unternommen hat.

„K 18" verdrängt aufgetaucht 777 To., untergetaucht 1040 Tonnen Wasser. Es ist 74 Meter lang und hat 35 Mann Besatzung. Für die Ueberwasserfahrt hat es Motoren von 3200 PS, die ihm eine Höchstgeschwindigkeit von 17,5 Seemeilen in der Stunde geben. Seine Unterwasserfahrt macht es mit elektrischen Maschinen von 1000 PS bei 9 Knoten Geschwindigkeit. Es führt an Bewaffnung ein Geschütz von 8,8 cm Kaliber, zwei Flugzeugabwehrkanonen und sechs Torpedorohre.

„K 18" fährt nun nicht zum Vergnügen um die Welt. Es ist für den Dienst in Niederländisch-Indien bestimmt und mit seiner Ueberführung dorthin wird eben die kleine Weltreise verknüpft. Das vorzüglich ausgerüstete und ebenso bemannte Boot legte zunächst die Reise über Funchal nach den Kapverdischen Inseln zurück. Von hier ist es frohgemut mit westlichem Kurs auf den Atlantik hinausgesteuert, um einem holländischen Flugzeug, das den Auftrag hatte, nach West-Indien zu fliegen, als Hilfe für eine etwa notwendigwerdende Notlandung dienen zu können. Von West-Indien aus wird sich das tapfere holländische U-Boot dann auf den Kurs nach Südamerika machen.

Von Montevideo nach Kapstadt in Südafrika beginnt das navigatorisch interessanteste Stück der Reise, das an das kleine Boot außerordentliche Anforderungen stellen wird. Weiter geht es durch den Indischen Ozean über Fremantle in Australien dem Zielhafen in Niederländisch-Indien entgegen. Man rechnet, daß die Ankunft auf Java vielleicht im Juli oder August des Jahres erfolgen könnte.

Damit diese gewaltige Reise aber auch wissenschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht werden kann, beteiligt sich ein holländischer Gelehrter an dieser Fahrt. Wenn ihm die Strapazen in dem kleinen, durchaus nicht sehr wohnlich eingerichteten Schiff, die Arbeit überhaupt nicht unmöglich machen, soll er sich mit Studien über die Anziehungskraft der Erde und über gewisse kosmische Strahlenprobleme beschäftigen.

Da sich die bereits fertig gestellten Schwesterboote von „K 18" als außerordentlich tüchtige Fahrzeuge gezeigt haben, kann angenommen werden, daß das kleine U-Boot diese Kraftprobe erfolgreich beendet.

Es darf bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß während des Krieges auch deutsche U-Boote den Atlantik ohne Schwierigkeiten überquert haben. Die Fahrten von „U-Deutschland" unter seinem, vor einiger Zeit verstorbenen Kapitän König, sind noch in aller Erinnerung. Aber auch U-Boote der Kriegsmarine, die viel kleiner als „U-Deutschland" waren, haben das gleiche Wagnis erfolgreich überstanden. „U 195" hielt sich wochenlang am Nordkap auf und führte dabei unter den ungünstigsten Witterungsverhältnissen des Eismeers einen Kreuzerkrieg mit sehr großem Erfolg.

NSV Elsfleth

Nächste Mütterberatung am Mittwoch, dem 13. Februar.

Sch.

Kriegsgräberfürsorge

In diesen Tagen wird der Jahresbeitrag für 1934 eingesammelt. Es muß erwartet werden, daß niemand sich dieser Ehrenpflicht entzieht. Es ist wirklich nicht zu viel verlangt, wenn 1 RM für das ganze Jahr gegeben werden soll. Das haben die toten Helden wohl um die Heimat verdient.

Auch wer in den letzten Jahren glaubte, das Opfer nicht mehr bringen zu können, wird sich jetzt gern wieder mit in die Reihe stellen. Ueberall darf gespart werden, aber in diesem Punkte nicht. Wer in dieser Woche nicht aufgesucht wird, kann sich bei Frau Meta Sturm zwecks Aufnahme in den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge melden.

Zur Zinssenkung

Von Hermann Fromm, Präsident der Industrie- und Handelskammer Oldenburg.

Das Gesetz über die Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten vom 24. Januar 1935 ist eine der wichtigsten Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft. Es bringt für den Bereich des Realkredits den Grundsatz zur Anwendung, daß das unbedingt zu erreichende Ziel einer **Zinssenkung** nur auf organischem Wege angestrebt und erreicht werden kann. Die Ablehnung aller unorganischen Eingriffe, die die Reichsregierung dazu geführt hat, alle derartigen Maßnahmen solange zurückzustellen, bis die Voraussetzungen für eine Konversion gegeben waren, sind in Schuldnerkreisen nicht immer richtig verstanden worden. Das nunmehr erlassene Gesetz bestätigt jedoch, wie richtig es gewesen ist, zunächst abzuwarten, bis der Kapitalmarkt für die Konversion reif war. Die Reichsregierung hat sich in der verflossenen Zeit bemüht, diese Konversionsreife zu finden, und zwar durch die Maßnahmen der sogen. offenen Marktpolitik durch das Kapitalanlagegesetz und das Anleihestockgesetz. Die Kursentwicklung der 6 %igen Pfandbriefe hat die Richtigkeit dieser Maßnahme bestätigt. Die Pfandbriefe haben den Paristand fast erreicht; die 6 %igen Reichsschuldbuchforderungen haben ihn z. T. überschritten. Die Aufnahme der vor kurzem herausgegebenen $4^1/_2$ %igen Hypothekenpfandbriefe hat daneben gezeigt, daß der Markt zur Aufnahme derartiger Papiere durchaus in der Lage und gewillt ist, und daß somit die infragekommenden Kreise als genügend vorbereitet für die Durchführung der Konversion gelten konnten.

Die Konversion sieht eine Herabsetzung der Pfandbriefzinsen von 6 % auf $4^1/_2$ % ab 1. April 1935 vor. Von den Konversionsmaßnahmen wird eine Kapitalsumme von über 8 Milliarden RM betroffen; **die Ermäßigung des Zinsfußes ergibt eine Gesamtentlastung von etwa 120 Millionen RM jährlich,** wovon schätzungsweise etwa 90 Millionen dem Grundbesitz und 30 Millionen den Gemeinden als Schuldnern von Kommunaldarlehen zugute kommen.

Das Gesetz beschränkt sich entsprechend seinem Charakter der Freiwilligkeit darauf, die privatrechtlichen Vereinbarungen zwischen Gläubiger und Schuldner zu regeln. Der Gläubiger, der das Angebot annimmt, erhält eine einmalige Barentschädigung von 2 % des Nennbetrages. Eine ausdrückliche Annahmeerklärung ist nicht erforderlich, vielmehr gilt das Unterlassen einer fristgemäßen Ablehnung als Annahme. Die Folgen der Konversion sind für den Pfandbriefgläubiger, daß er ab 1. April 1935 nur noch $4^1/_2$ % Zinsen jährlich erhält (dazu einmalig die oben erwähnte Entschädigung von 2 %). Für den Hypothekenschuldner tritt eine Ermäßigung der Hypothekenzinslast von regelmäßig $1^1/_2$ % jährlich ein. Die Entlastung setzt am 1. Oktober 1935 ein.

Die Annahme des Zinssenkungsangebots durch die Pfandbriefinhaber bedeutet nicht nur die Wahrnehmung eigener Interessen, sondern vor allem die **Erfüllung einer nationalen Pflicht,** während sich der ablehnende Pfandbriefgläubiger, wie dies auch Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht ausgeführt hat, zu der wirtschaftspolitischen Gesamtrichtung der Reichsregierung in Widerspruch setzt. Unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes, daß das Gesetz von jedem Zwangseingriff absieht, ist eine **verständnisvolle** und **verantwortungsbewußte Mitwirkung** aller Beteiligten erforderlich. **Möge im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Oldenburg jeder beteiligte Volksgenosse hier seine Pflicht tun, damit das organisch begonnene Zinssenkungswerk der nationalsozialistischen Regierung weiter ausgebaut werden kann zum Segen der deutschen Wirtschaft und zum Wohle aller deutschen Volksgenossen.**

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Elsfleth, den 5. Februar 1935

Tages-Zeiger

⊙-Aufgang: 8 Uhr 07 Min. ⊙-Untergang: 5 Uhr 16 Min.

Hochwasser:

3.39. Uhr Vorm. — 4.15 Uhr Nachm.

6. Februar: 4.23 Uhr Vorm. — 4.59 Uhr Nachm.

* Infolge der böigen nordwestlichen Winde der letzten Tage im ganzen Küstengebiet der Nord- und Ostsee trat bei orkanartigem Sturm in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag nach Eintritt des Neumondes die Weser über ihre Ufer. In Bremerhaven betrug der Wasserstand 5,73 Meter. Hier in Elsfleth standen der Elsflether Sand, auch das eingedeichte Land am Blömer, die Kaje und Groden und Außendeichsgärten unter Wasser. Binnendeichs waren am Neuenbroker Siel die niedrigen Kanalländereien überflutet.

* Oldenburger Landestheater. Dienstag, 20 Uhr: A 18 „Die Geisha". Mittwoch, 16 Uhr: AA 1. Märchengastspiel Erika Graf mit ihrem Ensemble

Landesbibliothek Oldenburg

„Frau Holle". 20 Uhr: AA und NSKG IA, IIA, IIIA1 „Die Regimentstochter". Donnerstag, 20 Uhr: B 19 Erstaufführung „Cromwell". Freitag, 16 Uhr: AA 2. Märchengastspiel Erika Graf mit ihrem Ensemble „Rotkäppchen und der Wolf". 20 Uhr: C 10 „Frischer Wind aus Kanada". Sonnabend, 20 Uhr: AA 1. Gastspiel der Thoma-Bühne „Magdalena". Sonntag, 15½ Uhr: Geschlossene Vorstellung für die NSKG 2. Gastspiel der Thoma-Bühne „Die Brautschau". „Der 1. August". „Die Hosenknöpf". 19½ Uhr: AA „Polenblut".

* Saubere Abstemplung von Postwertzeichen für Sammlerzwecke. Aus Kreisen der Markensammler wird bei der Reichspost häufig der Wunsch geäußert, die Postwertzeichen möglichst leicht und sauber abzustempeln. Im allgemeinen lassen sich solche Wünsche im Postbetrieb schwer erfüllen. Jetzt hat der Reichspostminister aber angeordnet, daß die Sendungen mit Marken, die für Sammlungen bestimmt sind und saubere Stempelabdrucke erhalten sollen, besonders behandelt werden. Sie müssen in einem Umschlag am Postschalter abgegeben werden, auf dem vermerkt ist, daß besonders sorgfältige Entwertung der Marken gewünscht wird. Diese Sonderbehandlung ist vorläufig versuchsweise eingeführt worden.

§ Verzögerung in der Vollendung des Küstenkanals. Während bislang damit gerechnet wurde, daß der Küstenkanal in seiner Gesamtlänge zum 1. April dem großen Verkehr übergeben werden würde, haben sich technische Schwierigkeiten herausgestellt, die eine Verzögerung dieses bedeutsamen Ereignisses bis zum Sommer zur Folge haben. Vor allem handelt es sich dabei um die Vertiefung bzw. Erneuerung der Ems-Schleuse bei Herbrum, die den Dortmund-Emskanal gegen die Tide absperrt. Hierdurch wurde vorläufig der gesamte durchgehende Kanalverkehr vom Industrie-Gebiet nach Emden lahm gelegt und auf den Weg der Eisenbahn verwiesen. Der dadurch entstandene gesteigerte Bahnverkehr behinderte auch den Anschluß des alten Bahndammes an den neuen, am Küstenkanal bereits gelegten Bahndamm über die neue Brücke. Man rechnet damit, daß dieser Anschluß bis Mitte April erfolgen kann und der alte Bahndamm dann überflüssig sein wird. Bei der Schleuse ist noch ein Vorhafen anzulegen. Auf Betreiben Oldenburgs werden die noch vorhandenen kleinen Trennungsdämme auf preußischem Gebiet bei Bockhorst in absehbarer Zeit beseitigt werden und nicht erst am Schlusse der Arbeiten. Dann ist eine Verbindung über dem Küstenkanal nach Papenburg fertig, die freilich nur der Kleinschiffahrt zugute kommt.

* Neue Insel in der Nordsee. Auf dem Seewege von Cuxhaven nach Helgoland ragt eine Bodenerhebung aus dem Meere, die große Sandbank Scharhörn. Im Laufe der letzten Jahre hat sich nun aus Windsamen von irgendwoher eine Vegetation aus Gräsern, Kraut, Halmen usw. gebildet, die immer mehr um sich gegriffen hat, der Boden wurde weiter durch Flugsand und angetriebenes Strandgut befestigt, und die Sandbank stieg immer höher aus der Nordsee. Nachdem sich auch kleine Dünen gebildet hatten, wurde die Wasserbauverwaltung auf die ganz allein von der Natur geschaffene Insel aufmerksam und ließ über die höchsten Erhebungen feste Kiefernzweige und Gestrüpp auslegen, wodurch die Vegetationsbildungen zusammengehalten wurden. Kürzlich wurde die Insel amtlich vermessen und dabei die überraschende Tatsache festgestellt, daß sie fast gleich mit der Höhe des Cuxhavener Seedeiches und ihre Ostkuppe nur noch ½ Meter unter höchster Sturmflut liegt, sie also beinahe sturmflutfrei ist. Durch Anspülung von Schlick, Wasserpflanzen usw. wird sich das Neuland mit der Zeit vergrößern und fruchtbaren Marschboden hervorbringen. Da die neue Insel ihrer Lage nach eine Vorpostenstellung an der äußeren Elbemündung einnimmt, ist ihre spätere Inanspruchnahme, möglicherweise auch zu strategischen Zwecken, nicht ausgeschlossen.

KWK Erhöhte Rüstungsausgaben in Amerika. Ein erneutes und zugleich eindrucksvolles Beispiel bietet, ganz so, wie es sich im Zeitalter der allgemeinen „Abrüstung" gehört, der dem Kongreß der Vereinigten Staaten von Nordamerika vorgelegte Voranschlag des Haushaltes für 1936 (1. 7. 35 bis 30. 6. 36). An ordentlichen Staatsausgaben sieht er insgesamt 3,94 Milliarden Dollar vor. Von dieser Summe entfallen 792,5 Millionen auf die Landesverteidigung, was eine Erhöhung der Rüstungsausgaben von 20,1 Prozent gegenüber von 613 Millionen im laufenden Rechnungsjahr 1935 und 480 Millionen im Haushalt von 1934 ausmacht. Diese nächstjährige Erhöhung wird geflissentlich damit begründet, daß diesmal alle Rüstungsausgaben im ordentlichen und nicht mehr, wie bisher, im außerordentlichen Etat für Arbeitsbeschaffung aufgeführt werden. Von den geforderten 792,5 Millionen Dollar entfallen 315,3 Millionen auf das Heer und 477,2 auf die Marine. Das Heer soll eine modernere Ausrüstung und 700 (!) neue Flugzeuge bekommen. Im Marinehaushalt sind 140 Millionen Dollar für die schon früher bewilligten und den Baubeginn weiterer Kriegsschiffeinheiten angesetzt. Im neuen Jahre werden 24 Schiffe auf Stapel gelegt. Darunter zwei 8000-Tonnen-Kreuzer, drei Zerstörer, sechs U-Boote und ein Flugzeugträger von 15 000 Tonnen. Die Marine erhält 270 neue Flugzeuge. Auch das Marinepersonal erfährt in seinem Offiziers- und Mannschaftsstand eine Erhöhung. Begründet wurde die Erhöhung des Marinehaushalts damit, daß die bisher verzögerte Aufrüstung auf die volle Vertragsstärke des Washingtoner und des Londoner Vertrages von 1922 bzw. 1930 nunmehr mit Beschleunigung nachgeholt werden müssen.

* **Hude.** Der Präsident des DLV, Flieger-Kommodore Loerzer, hat im Auftrage des Ehrenpräsidenten des DLV, Reichsminister der Luftfahrt Pg. Göring, den Diplom-Volkswirt Magnus Ahlers aus Hude zum Führer der Flieger-Ortsgruppe Hude des Deutschen Luftsport-Verbandes ernannt. Desgleichen wurden vom Führer der Flieger-Landesgruppe IV Niedersachsen, Flieger-Kommandant Jahn, der Führer des SA-Sturmes 13/144, Fritz Ripke, Hude, zum 1. stellvertretenden und der Gemeindevorsteher Heinrich Degen, Hude, zum 2. stellvertretenden Führer ernannt.

* **Oldenburg.** In Stiften und Altersheimen treibt seit einiger Zeit ein Gauner sein Unwesen. Er betrügt alte Leute um Schmuckstücke und Wertsachen. Erst kürzlich ist dieser Schwindler in einem auswärts gelegenen Heime wieder aufgetreten. Dort erklärte er u. a. von einem „Altertums-Museum" zu kommen. Er wollte alten Schmuck aufkaufen. Nachdem eine alte Dame ihm eine Brosche eingehändigt hatte, erklärte der Mann, das Museum werde einen namhaften Betrag dafür in den nächsten Tagen übersenden. Natürlich hat sich der Mann nicht wieder sehen lassen. Er wird beschrieben als etwa 50 Jahre alt, blond, von gutem Aussehen. Sein Auftreten ist sehr sicher und gewandt.

§ **Oldenburg.** Eine eigenartige Anklage richtete sich gegen den in Rüstringen wohnenden, aus Tettens stammenden 57jährigen Johannes Folkert Ahlrichs, einen bislang völlig unbestraften Menschen. Er war zufällig durch seine erwachsene Tochter in den Besitz eines Briefes gelangt, in dem ein Kaufmann des Verdachtes der Beihilfe zur Abtreibung bezichtigt wurde. Davon setzte er den Kaufmann in Kenntnis und veranlaßte ihn, sich in dieser Angelegenheit mit ihm zu benehmen. So fand eines Tages im Kontor des Kaufmanns eine Auseinandersetzung in dieser Sache statt. Der Angeklagte erklärte dabei der Wahrheit zuwider, er handele im Auftrage eines gewissen Janßen, der ein Schweigegeld von 1000 RM verlange, er selbst sei mit einer Kiste Zigarren zufrieden. Nach längerem Unterhandeln wurde ausgemacht, daß der Kaufmann zwei Schecks über je 100 RM ausstellen solle, von denen der eine sofort, der andere nach einer bestimmten Zeit einzulösen sei. Den ersten Scheck quittierte A. bei der betr. Bank mit seinem eigenen Namen, hinter den anderen schrieb er den Namen „Janßen". — Der Angeklagte ist in vollem Umfange geständig und bezeichnet selbst seine Handlungsweise als sehr schmutzig. Er will sich aber in großer Notlage befunden haben. Seine zweite Frau, von der er 6 Wochen verlassen worden sei, habe hinter seinem Rücken Schulden gemacht und keine Miete gezahlt. Bei einem nicht zu hohen Wochenlohn sei es ihm unmöglich gewesen, seine vielen Kinder durch die Zeit zu bringen. Den „Janßen" habe er nur benutzt, um nicht selbst so schlecht dazustehen, und aus diesem Grunde habe er auch den 2. Scheck mit „Janßen" unterschrieben. Der Staatsanwalt beantragt wegen Erpressung und schwerer Urkundenfälschung in Rücksicht auf die Notlage des A. 3 Monate Gefängnis. Diese Strafe hält auch das Gericht für angemessen, zumal die Urkundenfälschung eine wirklich schwere nicht gewesen sei, denn das Geld würde der Angeklagte auch erhalten haben, wenn er mit seinem eigenen Namen unterschrieben hätte. Gegen den betr. Kaufmann ist inzwischen ein Verfahren eingeleitet.

§ **Varel.** Auf der Reichsstraße Varel—Wilhelmshaven, unweit des sog. Torhegenhauses wurde der in Varel wohnende Landwirt Heinrich Hüllebusch, als er auf seinem Rade von Winkelsheide nach seiner Wohnung zurückfuhr, von einem Lastzug der Bremer Haake-Beck-Brauerei angefahren und derart schwer verletzt, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhause verstarb. Der Vorgang war von einem Augenzeugen beobachtet worden. Der von einem Trekker gezogene Lastzug überholte den Radfahrer und geriet mit dem Hinterteil des letzten Wagens mit ihm zusammen. Der Verletzte blieb auf der Strecke liegen und konnte einigen schnell hinzueilenden Passanten noch ein paar Worte sagen. Er hatte am Hinterkopf stark blutende Wunden erlitten und wurde bald nach dem Unfall besinnungslos. Wer an diesem bedauernswerten Unfall die Schuld hat, muß die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben. Das Fahrrad ist vollständig verbogen.

* **Hanstedt.** Während die Mutter mit dem Melken beschäftigt war, spielten die beiden Kinder in der Wohnstube mit Streichhölzern. Durch die gellenden Hilferufe der Kinder wurde die Mutter auf die Kinder aufmerksam und entdeckte zu ihrem Schrecken, daß das 2½jährige Kind bereits von hell lodernden Flammen umgeben war. Das Kind mußte mit schweren Verbrennungen unter entsetzlichen Qualen ins Krankenhaus geschafft werden, wo es hoffnungslos darniederliegt.

* **Wildeshausen.** Als ein Zechpreller und Betrüger gemeinster Art entpuppte sich ein Wildeshauser Einwohner, der in den benachbarten Ortschaften Kirchhatten und Huntlosen ein kurzes, aber schädliches Gastspiel gab. In mehreren Gastwirtschaften machte der gerissene Betrüger im fröhlichen Kreis große Zechen und verschwand dann unter irgendeinem Vorwand auf Nimmerwiedersehen. Da der Schwindler mit einer gewissen Sicherheit und Dreistigkeit auftrat, schöpften die Geschädigten keinen Verdacht. Nach einer ausgedehnten Bierreise ließ sich der Schwindler von einem Autovermieter, den er gleichfalls um das Fahrgeld brachte, nach Oldenburg zum Pius-Hospital fahren, wo es gelang, den Betrüger festzunehmen.

§ **Vechta.** Auf den Ländereien des Bauern Herm. Kühling in Weserlutten wurden Abwässerungsarbeiten durchgeführt, bei denen man reichlich ½ Meter unter der Erdoberfläche zwei sog. Brandgrubengräber fand. Die beiden Gräber bestehen aus kreisförmigen Gruben, von denen die eine einen Durchmesser von 2,30 Metern und die andere einen solchen von reichlich 1,10 Metern hat. Auf dem Boden der Gruben liegt eine einige Zentimeter dicke Holzkohlenschicht. An dem angebrannten Lehm läßt sich noch deutlich erkennen, daß in oder bei den Gruben Leichenverbrennungen vorgenommen worden sind. Auch ist deutlich zu erkennen, daß die Gruben nach der Verbrennung mit anderer Erde aufgefüllt und zugeschüttet wurden, die Färbung eine gänzlich andere ist. Museumsdirektor Dr. Michelsen, Oldenburg, führte Studien und Vergleiche aus. Danach stammen diese Gräber aus der Zeit vor Christi Geburt.

* **Emden.** Ein junger Mann des vor Borkum stationierten Hochseeschleppers „Albatros" der Bugsiereredere und Bergungs-AG, Hamburg, ist beim Tauchen einem Herzschlage erlegen. Es handelt sich um den als Taucher an „Albatros" beschäftigten 24jährigen Bagt aus dem Stadt Land. Bagt befand sich 25 Minuten auf der Suche nach einem verloren gegangenen Gegenstand unter Wasser, wurde dann zur Erholung kurze Zeit an Bord geholt und stieg zum zweitenmal ins kalte Wasser hinab. Nach fünf Minuten erhielt die Besatzung kein Lebenszeichen mehr von dem jungen Mann und man konnte, nachdem man ihn heraufgezogen hatte, nur noch den Tod feststellen. Der ärztliche Befund ergab Tod durch Herzschlag. Die Leiche des tüchtigen jungen Mannes, der in Ausübung seines schweren und gefährlichen Dienstes verschied, wurde von einem Beerdigungsinstitut mit dem Leichenauto in seine Heimat gebracht.

* **Hamburg.** Das Seeamt Hamburg hatte einen seltenen Unfall zu verhandeln. Am 29. Dezember 1934 war der Matrose Albrecht vom Motorsegler „Anna" bei Segelfestmachen im Kleinen Belt über Bord geschlagen worden. Der allein noch auf dem Schiff befindliche Eigentümer und Kapitän Johannes Meyer hatte trotz des schlechten Wetters das Boot zu Wasser gebracht und bei grober See seinen Matrosen gerettet. Beide waren jedoch so ermattet, um in ihrem Boot das inzwischen vertriebene Motorschiff zu erreichen. Erst am anderen Tage, als der Wind abgeflaut war, wurden sie von einem Fischer aufgenommen und an Land gebracht. Nach einigen Stunden Suchens wurde auch das Motorschiff gefunden, das in einer Bucht auf Strand saß. Es konnte aus eigener Kraft wieder flott werden. — Die Besatzung des Schiffes wurde nach den Richtlinien der See-Berufsgenossenschaft genügend. Abschließend sagte das Seeamt in seinem Spruch: Unter den gegebenen Umständen trifft die Schiffsleitung keine Schuld an der Strandung; vielmehr verdient die entschlossene und verantwortungsfreudige Tat des Kapitäns, durch die ein Menschenleben gerettet worden ist, alle Anerkennung. Die Maßnahmen nach der Strandung, durch welche das Schiff ohne fremde Hilfe wieder abgebracht werden konnte, waren sachgemäß.

Druck und Verlag: L. Zirk, Elsfleth. Hauptschriftleitung: H. Zirk, Elsfleth. Verantwortlicher Anzeigenleiter: H. Zirk, Elsfleth. DA I 35: 547.
Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Stadtmagistrat

Elsfleth, den 2. Februar 19

Die Ausgabe der Fettkarten erfolgt am 5. u. 6. Februar d. J., vormittags.

Ibbe

Kirchenkasse Elsfleth

Oeffentliche Mahnung

Die rückständigen Kirchensteuern sind nunmehr bis zu **15. Februar 1935** zu bezahlen, widrigenfalls Beitreibung (Pfändung, Lohnpfändung) erfolgt.

Jungmann, Kirchenrechnungsführ

Elsfleth-Lienen

Der Landwirt **Hinrich Hillmer** in Lienen läßt wegen Aufgabe der Landwirtschaft am

Sonnabend, dem 16. Febr. 1935, nachmittags 2 Uhr beginnend

in und bei seiner Wohnung:

3 Milchkühe
1 belegte Quene
3 Kuhrinder
1 4 Wochen alles Bullkalb
fast sämtlich schwere Herdbuchtiere
1 Sau mit Ferkeln
7 Enten
12 Hühner und ein Hahn
Zirka 10 000 Pfd. bestes Kuhheu
sowie das sämtliche landwirtschaftliche Gerät und Hausgerät, auch eine Partie Pflanzkartoffeln

öffentlich meistbietend auf längere Zahlungsfrist verkaufen.

Nicht bekannte Käufer müssen sich als kreditfähig ausweisen. Kaufliebhaber werden freundlichst eingeladen.

Chr. Schröder
amtl. Auktionator

Hühneraugen, Warzen Hornhaut

werden inf. d. Tiefenwirkg. auch in d. hartnäck. Fällen todsich. unt. Garantie innerh. 5—6 Tag. restl. m. Wurzel beseitigt durch **Hühneraugen-Rapid.** Preis 0.70
Elsfleth-Drog. **C. W. Rohrmann**

Drucksache
liefert
Buchdruckerei L. Z

Zwangsversteigerung

Am **Mittwoch, d. 6. Fe nachm. 3 Uhr,** gelang **August** Gasthause

1 eich. Nähtisch

gegen Barzahlung zur Versteigerung

Wilkens,
Obergerichtsvollzieher.

Empfehle meinen angekauften

Bulle

zum Decken

Fr. Wardenburg

NSDAP

Ortsgruppe Elsfl
Mittwoch, den 6. Febr
Monats-App
Der Ortsgruppenfü

C. C.

Mittwoch, den 6. Febr
Diel
Es ladet ein **R. Pete**

Ihre vollzogene Vermählung geben bekannt

Gerichtsassessor
Dr. jur. Franz Hüpers und Fra
Enna geb. Baak

Oldenburg, im Februar 1935
Ulmenstraße 13

Landesbibliothek Oldenburg